

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/637 –

Stattgefundene und geplante Amtshilfe- und Unterstützungsleistungen der Bundeswehr im Inland (Stand viertes Quartal 2009)

Vorbemerkung der Fragesteller

In Zusammenhang mit Forderungen vor allem aus dem Bundesministerium des Innern und dem Bundesministerium der Verteidigung nach erweiterten Einatzmöglichkeiten für die Bundeswehr im Inland muss auch sogenannten Amtshilfe- und Unterstützungsleistungen erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Denn Erfahrungen wie der Bundeswehreinsatz in Heiligendamm beim G8-Gipfel 2007 oder der Einsatz an der Münchner Sicherheitskonferenz zeigen, dass die Grenzen zwischen Amtshilfe und „Einsatz“ im Sinne des Artikels 87a Absatz 2 des Grundgesetzes (GG) in der Praxis der Bundesregierung fließend sind. Eine Zunahme von Amtshilfeleistungen, wie sie in der Vergangenheit zu beobachten ist, muss auch unter dem Aspekt kritisch betrachtet werden, dass die Bundesregierung hiermit eine Gewöhnung der Öffentlichkeit an den Anblick uniformierter Soldaten im Alltag anstrebt.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung weist erneut den in der Vorbemerkung implizit erhobenen Vorwurf einer schleichenden Militarisierung der Gesellschaft in Deutschland zurück. Es bestehen keinerlei Anhaltspunkte für die der Bundesregierung unterstellte Absicht. Die Unterstützungsleistungen, die im Rahmen technischer Amtshilfe erbracht wurden, sind unterhalb der Einsatzschwelle des Art. 87 a Abs. 2 GG verblieben. Dies gilt auch für die in der Vorbemerkung der Fragesteller aufgeführten Einzelfälle.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung in den Antworten der Bundesregierung auf die vorausgegangenen Kleinen Anfragen der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau u. a. der Fraktion DIE LINKE verwiesen (Bundestagsdrucksachen 16/6159, 16/6301, 16/7427, 16/8615, 16/9886, 16/10456, 16/11276, 16/12771, 16/13844 sowie 17/101).

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass die Antworten der Bundesregierung auf der Grundlage der zum Zeitpunkt der Beantwortung jeweils bekannten Informationen erfolgen.

*** Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.**

1. Welche bevorstehenden Einsätze der Bundeswehr auf Grundlage von Artikel 35 Absatz 1 GG (Amtshilfe) sind zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Frage wann und durch wen beschlossen worden?
 - a) Wer hat die Amtshilfeersuchen zu welchem Zeitpunkt gestellt, und was ist der jeweilige Wortlaut?
 - b) Falls die Bundesregierung den Wortlaut nicht veröffentlichen will:
 - worin besteht der wesentliche Inhalt des jeweiligen Ersuchens,
 - was ist der beabsichtigte Zweck,
 - welche Fähigkeiten, Kapazitäten, Gerätschaften sollen eingesetzt werden,
 - wie viele Soldaten inklusive der zur „Eigensicherung“ abgestellten werden zum Einsatz kommen,
 - über welche Waffen und welche Munitionierung verfügen diese Soldaten,
 - welche Aufgaben sollen die Soldaten erfüllen,
 - an welchem Datum bzw. in welchem Zeitraum und an welchem Ort bzw. in welcher Region soll der Einsatz stattfinden,
 - welche Kosten werden dabei entstehen, und wer kommt für diese auf?

Zurzeit ist ein Antrag auf Amtshilfe positiv entschieden.

Zu Einzelheiten wird auf die Beilage 1 verwiesen.

Darüber hinaus ist derzeit kein Antrag auf sanitätsdienstliche Unterstützungsleistung bei protokollarischen Anlässen positiv entschieden.

2. Wie viele noch nicht beschlossene Amtshilfeersuchen liegen zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Frage der Bundeswehr vor (bitte nach dem Schema der Frage 1 beantworten)?

Zurzeit liegt ein Antrag auf Unterstützungsleistungen im Rahmen der Amtshilfe vor, der noch nicht abschließend bearbeitet ist.

Zu Einzelheiten wird auf die Beilage 2 verwiesen.

Darüber hinaus liegt ein Antrag auf sanitätsdienstliche Unterstützungsleistung im Rahmen protokollarischer Anlässe vor, der noch nicht abschließend bearbeitet ist. Die Unterstützungsleistung der Bundeswehr beruht auf Ersuchen oberster Bundesbehörden bzw. Verfassungsorganen. Zur Sicherstellung eines ungefährdeten Ablaufs der Veranstaltung wird im Vorfeld von einer detaillierten Darstellung des Wortlautes Abstand genommen. Die Unterstützungsleistungen werden bei einer offiziellen Veranstaltung der anfordernden Stellen erbracht und bestehen im Wesentlichen in der Unterstützung durch medizinisches Personal (zwischen zwei und vier Soldatinnen und Soldaten) und Fahrzeuge. Das Personal ist nicht bewaffnet. Nach § 8 Absatz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz unterbleibt eine Kostenerstattung, sofern Amtshilfe zwischen Behörden desselben Rechtsträgers, z. B. zwischen Bundesbehörden, geleistet wird.

Zu Einzelheiten wird auf die Beilage 2 a verwiesen.

3. Wie viele Unterstützungsleistungen für Veranstaltungen Dritter durch die Bundeswehr sind derzeit wann und durch wen beschlossen worden (bitte nach dem Schema der Frage 1 beantworten)?

Zurzeit sind keine Anträge auf Unterstützungsleistungen für Veranstaltungen Dritter entschieden.

4. Wie viele Ersuchen um Unterstützungsleistungen für Veranstaltungen Dritter liegen der Bundeswehr zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Frage vor (bitte nach dem Schema der Frage 1 beantworten)?

Zurzeit liegen keine Anträge auf Unterstützungsleistungen für Veranstaltungen Dritter vor, die noch nicht abschließend bearbeitet sind.

5. Welche Amtshilfemaßnahmen hat die Bundeswehr im vierten Quartal 2009 durchgeführt (bitte nach dem Schema der Frage 1 beantworten)?

Im Zeitraum 1. Oktober 2009 bis 31. Dezember 2009 wurden elf Unterstützungsleistungen im Rahmen der Amtshilfe erbracht.

Zu Einzelheiten wird auf die Beilage 3 verwiesen.

Weiterhin wurden im Zeitraum 1. Oktober 2009 bis 31. Dezember 2009 neun sanitätsdienstliche Unterstützungsleistungen im Rahmen protokollarischer Anlässe erbracht. Sie beruhten auf Ersuchen oberster Bundesbehörden bzw. Verfassungsorganen.

Zu Einzelheiten wird auf die Beilage 3 a verwiesen.

6. Welche Unterstützungsleistungen für Veranstaltungen Dritter hat die Bundeswehr im vierten Quartal 2009 durchgeführt (bitte nach dem Schema der Frage 1 beantworten)?

Im Zeitraum 1. Oktober 2009 bis 31. Dezember 2009 wurden vier Unterstützungsleistungen für Veranstaltungen Dritter erbracht.

Zu Einzelheiten wird auf die Beilage 4 verwiesen.

7. Welche Amtshilfeersuchen bzw. Anträge auf Unterstützung von Veranstaltungen Dritter sind im vierten Quartal 2009 abgelehnt worden (bitte die Anträge nach dem Schema der Frage 1 erläutern und die Gründe für die Ablehnung nennen)?

Im Zeitraum 1. Oktober 2009 bis 31. Dezember 2009 wurden keine Anträge auf Unterstützungsleistung im Rahmen der Amtshilfe bzw. für Veranstaltungen Dritter abgelehnt.

8. Welche Amtshilfeersuchen bzw. Anträge auf Unterstützung von Veranstaltungen Dritter sind im vierten Quartal 2009 zurückgezogen worden (bitte die Anträge nach dem Schema der Frage 1 erläutern), und welche Angaben kann die Bundesregierung über den Grund für die Zurückziehung machen?

Im Zeitraum 1. Oktober 2009 bis 31. Dezember 2009 wurde ein Amtshilfeersuchen bzw. Antrag auf Unterstützung durch den Antragsteller zurückgezogen.

Zu Einzelheiten wird auf die Beilage 5 verwiesen.

9. Welche Nachmeldungen zu Amtshilfe- bzw. Unterstützungsleistungen aus dem Jahr 2009 kann die Bundesregierung machen?

Keine.

Übersicht entschiedener Unterstützung im Rahmen der Amtshilfe

Lfd. Nr.	Ustg. Wann	a) Angefordert durch b) Beantragt am c) Wortlaut des Antrages d) Begründung des Antragstellers	Bezeichnung / Beschreibung des Anlasses	Ort	Beantragte Unterstützung / Vorge-sehene Kräfte	Weitere Ergänzungen
01	12.-15.02.2010	a) Bundespolizeidirektion Pirna b) 14.01.2010 c) Bereitstellung von Unterbringungskapazitäten und Parkplätzen d) einsatzbedingte Unterbringung	Unterstützung im Rahmen der Amtshilfe für einen Einsatz am 13.02.2010 in Dresden	Dresden	61 Unterkünfte und 1 Parkplatz (ca. 20 Stellplätze)	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: BwDLZ Dresden Genehmigung durch/Datum: BwDLZ Dresden vom 01.02.2010 Kosten: keine Prüfung Zulässigkeit: BwDLZ Dresden

Übersicht beantragter, aber noch nicht entschiedener Unterstützung im Rahmen der Amtshilfe

Lfd. Nr.	Ustg Wann	a) Angefordert durch b) Beantragt am c) Wortlaut des Antrages d) Begründung des Antragstellers	Bezeichnung / Beschreibung des Anlasses	Ort	Beantragte Unterstützung / Vorge-sehene Kräfte	Weitere Ergänzungen
1	offen	a) Innenministerium S-H b) 01.07.2009 c) IM S-H bittet um Prüfung der Möglichkeit, ob Einsatzkräfte des SEK der Landespolizei im Einzelfall bei zeitkritischen Einsatzlagen im Rahmen der techn. Amtshilfe durch Hubschrauber der Marineflieger luftverlastet werden können. d) Bewältigung von polizeilichen Lagen auf vorgelagerten Inseln, eigene geeignete Hubschrauber nicht im vertretbaren Zeitrahmen verfügbar.	Luftverlastung von Einsatzkräften SEK (Vorratsbeschluss)	Schleswig-Holstein	Technische Amtshilfe durch Gestel-lung von Hubschraubern als Trans-portkapazität im Einzelfall bei zeit-kritischen Einsatzlagen	Eigensicherung: offen Bewaffnung: offen Bearbeitung durch: WBK I Genehmigung durch /Datum: Bundesministerium der Verteidi-gung/offen Kosten: offen Prüfung Zulässigkeit: Bundesmi-nisterium der Verteidigung

**Übersicht beantragter, aber noch nicht entschiedener sanitätsdienstlicher Unterstützungsleistungen
im Rahmen protokollarischer Anlässe**

Lfd. Nr.	Ustg Wann	a) Angefordert durch b) Beantragt am c) Wortlaut des Antrages d) Begründung des Antragstellers	Bezeichnung / Beschreibung des Anlasses	Ort	Beantragte Unterstützung / Vorgesehene Kräfte	Weitere Ergänzungen
1	02.07.10	a) Bundespräsidialamt b) 02.02.2010 c) Sanitätsdienstliche Unterstützung d) Unterstützung im Rahmen protokollarischer Anlässe	Sommerfest des Bundespräsidenten im Schlosspark Bellevue	Berlin	Beantragt: Sanitätsdienstliche Versorgung Bereitstellung: Personal / Material noch nicht benannt	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: Bundesministerium der Verteidigung Genehmigung durch /Datum: Bundesministerium der Verteidigung/offen Kosten: offen Prüfung Zulässigkeit: Bundesministerium der Verteidigung

**Übersicht durchgeführter Unterstützung im Rahmen der Amtshilfe
im Zeitraum 01.10.2009 bis 31.12.2009**

Lfd. Nr.	Ustg Wann	a) Angefordert durch b) Beantragt am c) Wortlaut des Antrages d) Begründung des Antragstellers	Bezeichnung / Beschreibung des Anlasses	Ort	Beantragte Unterstützung / Vorge- sehene Kräfte	Weitere Ergänzungen
1	25.09.– 05.10.09	a) Landesregierung Bayern/Polizeihubschrauberstaffel Bayern b) 26.09.2009 c) Unterstützung der Maßnahmen zum Luftraumschutz anlässlich der Oktoberfestes, Überwachung des Flugbeschränkunggebietes im Radius von 4 Km rund um die Theresienwiese d) Polizeihubschrauberstaffel hat den Auftrag, das Überflugverbot zu überwachen und Verstöße zu verfolgen. Zur lückenlosen Überwachung des Flugbeschränkunggebietes ist es erforderlich, dass anfliegende Lfz rechtzeitig lokalisiert und die eingesetzten Polizeihubschrauber über Funk mit Steuerkursvorgaben an das entsprechende Lfz herangeführt werden. Bw wird gebeten, die erforderlich Unterstützung für den Geltungszeitraum durch das jeweils diensthabende CRC zu gewährleisten und die Verfolgung der Verstöße durch Übersendung der Aufzeichnung der entsprechenden Radardaten zu unterstützen	Luftraumüberwachung des Flugbeschränkungsbereiches Theresienwiese anlässlich des Oktoberfestes in München	München	Radarüberwachung des Flugbeschränkungsbereiches Theresienwiese	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: Bundesministerium der Verteidigung Genehmigung durch/Datum: Bundesministerium der Verteidigung vom 30.09.2009 Eine zusätzliche Kontrollposition ist im CRC Meßstetten erforderlich. Kosten: offen 9 Offz, 115 Eins.Std 10 Uffz, 120 EinsStd Prüfung Zulässigkeit: Bundesministerium der Verteidigung
2	28.09- 04.10.09	a) Hauptzollamt Kiel b) 12.06.2009 c) Hauptzollamt hat den Auftrag, im norddeutschen Einsatzraum umfangreiche strafprozessuale Maßnahmen durchzuführen	Ablauforganisation „TAIFUN“	Schleswig - Holstein	Beantragt: Unterbringung von 1000 Einsatzkräften Bereitstellung:	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: WBK I

Lfd. Nr.	Ustg Wann	a) Angefordert durch b) Beantragt am c) Wortlaut des Antrages d) Begründung des Antragstellers	Bezeichnung / Beschreibung des Anlasses	Ort	Beantragte Unterstützung / Vorge- sehene Kräfte	Weitere Ergänzungen
		d) Nutzung der Infrastruktur der BW im Bereich WBV Nord			Unterbringung und Verpflegungsmöglichkeit	Genehmigung durch /Datum: Bundesministerium der Verteidigung vom 28.07.2009 Kosten: keine Prüfung Zulässigkeit: Bundesministerium der Verteidigung
3	29.09.09- 01.10.09	a) BPOL-Direktion Bad Bramstedt b) 15.09.2009 c) Kurzfristige Unterstützung bei Unterbringung und ggf. Verpflegung von Polizeivollzugsbeamten der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt d) Räumliche Nähe zum Einsatzort	Einsatzmaßnahme im Bereich Flensburg	Flensburg	Beantragt: UK für ca. 25 PVB und Abstellmöglichkeiten KFz in der Schule Strategische Aufklärung Bereitstellung: 15 Unterkünfte	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: WBK I Genehmigung durch /Datum: Bundesministerium der Verteidigung vom 24.09.2009 Kosten: keine Prüfung Zulässigkeit: Bundesministerium der Verteidigung
4	01.10. 23.12.09	a) Freie und Hansestadt Hamburg (Behörde für Inneres) b) Antrag vom 15.02.2008 (erste Anfrage erfolgte am 11.10.2007) c) Hilfeleistung der Bundeswehr im Rahmen der technischen Amtshilfe d) Unzureichende Kapazitäten bei geeigneten zivilen Firmen	Unterstützung bei der Durchführung der Aufgaben des Kampfmittelräumdienstes der Feuerwehr Hamburg im Bereich der Grobrefrenzierung von Luftbildern aus dem Zweiten Weltkrieg zur Identifikation von Blindgängern	Raum Hamburg	Beantragt: 2 Soldaten (Luftbildauswerter), Unbedenklichkeitsbescheinigung der IHK liegt vor, Abschluss der Maßnahme 01.10.2010, Vertrag hat weiter Bestand Bereitstellung: 2 Soldaten (Luftbildauswerter) stehen nach Weisung AG 51 abrufbereit	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: LKdo Hamburg und Aufklärungsgeschwader 51, Jagel Genehmigung durch /Datum: Bundesministerium der Verteidigung vom 16.06.2008

Lfd. Nr.	Ustg Wann	a) Angefordert durch b) Beantragt am c) Wortlaut des Antrages d) Begründung des Antragstellers	Bezeichnung / Beschreibung des Anlasses	Ort	Beantragte Unterstützung / Vorge- sehene Kräfte	Weitere Ergänzungen
						Kosten: Nach Leistungserbringung, Gesamtkosten: ca. 62.100 €, Kosten je Stunde und Soldat: 18,48 € bzw. 20,14 € Prüfung Zulässigkeit: Bundesministerium der Verteidi- gung
5	05.10.- 09.10.09	a) Botschaft der Bundesrepublik Deutsch- land Kopenhagen b) 04.03.2009 c) Unterstützung zum Tag der Deutschen Einheit durch Feldküchentrupps d) Sympathiewerbung der Bundeswehr durch Aufzeigen der Leistungsfähigkeit von Feldküchen und Feldküchenpersonal	Unterstützung der Deutschen Botschaft Kopenhagen im Rahmen des Jahres- empfanges zum Tag der Deutschen Einheit	Kopenhagen	Beantragt: Feldköche und Feldküchen Bereitstellung: 3-4 Feldküchentrupps	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: WBK I Genehmigung durch /Datum: Bundesministerium der Verteidi- gung vom 15.04.2009 Kosten: nach Leistungserbringung (Übernahme durch Deutsch Bot- schaft Kopenhagen) Prüfung Zulässigkeit: Bundesministerium der Verteidi- gung
6	11.10.09	a) Ministerium des Innern und für Sport Rheinland Pfalz b) 08.10.2009 c) Luftraumüberwachung d) Lückenhafte Radar- und Funkabdeckung der Polizei RP	Luftraumüberwa- chung im Rahmen der Feierlichkeiten an- lässlich des 1000jährigen Jubi- läums des Doms in Mainz	Mainz	Gewährleistung einer intensiven Überwachung des Luftraumes Meldung auffälliger Luftfahrzeuge Evtl. Führung von Polizeihubschrau- bern	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: LwFüKdo Genehmigung durch/Datum: Bundesministerium der Verteidi- gung vom 09.10.2009

Lfd. Nr.	Ustg Wann	a) Angefordert durch b) Beantragt am c) Wortlaut des Antrages d) Begründung des Antragstellers	Bezeichnung / Beschreibung des Anlasses	Ort	Beantragte Unterstützung / Vorge- sehene Kräfte	Weitere Ergänzungen
						Kosten: offen 2 Offz, 20 EinsStd Prüfung Zulässigkeit: Bundesministerium der Verteidi- gung
7	01.11.09	a) Polizeiinspektion Cochem b) 01.11.2009 c) Brandbekämpfung eines Gebäudebrandes d) Unzureichende Kapazität der örtlichen Feuerwehr	Brandbekämpfung	Ulmen / Vorpochten	1 FL-Kfz 8000 und 3 Einsatzkräfte der FlgH-Feuerwehr JaboG 33	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: JaboG 33 Genehmigung durch /Datum: Kdore JaboG 33 vom 01.11.2009 Kosten: offen Prüfung Zulässigkeit: Bundesministerium der Verteidi- gung
8	02.11.09	a) LRA Zollern-Albkreis b) 02.11.2009 c) Unterstützung mit Schaummittel zur Brandbekämpfung d) Eigene Mittel verbraucht	Großbrand Recyc- linganlage Albstadt	Albstadt	Bereitstellung 16 Fässer à 200 Liter Speziallöschschaum	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: LKdo BW Genehmigung durch/ Datum: WBK IV vom 02.11.2009 Kosten: 13.505,92 € Prüfung Zulässigkeit: SKUKdo

Lfd. Nr.	Ustg Wann	a) Angefordert durch b) Beantragt am c) Wortlaut des Antrages d) Begründung des Antragstellers	Bezeichnung / Beschreibung des Anlasses	Ort	Beantragte Unterstützung / Vorge- sehene Kräfte	Weitere Ergänzungen
9	23.11.- 01.12.09	a) Bundestagsverwaltung b) 12.11.2009 c) Bitte um Prüfung, ob die Bundeswehr die Impfung durch Zurverfügungstellung von zwei Ärzten unterstützen kann d) keine eigenen Kapazitäten	Unterstützung der H1N1 Impfung des Deutschen Bundestages	Berlin	2 SanStOffz Arzt als Impfarzt, 1 MKF, 1 KFz (BMW 318)	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: SanFüKdo Genehmigung durch/Datum: Bundesministerium der Verteidi- gung vom 13.11.2009 Kosten: 332,01 € Prüfung Zulässigkeit: Bundesministerium der Verteidi- gung
10	08.12.09- 19.12.09	a) BPOL-Direktion Bad Bramstedt b) 19.11.2009 c) Kurzfristige Unterstützung bei Unterbringung und ggf. Verpflegung von Polizeivollzugsbeamten der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt d) Anfahrtszeit der Beamten für den Einsatz im Rahmen des Weltklimagipfels in Kopenhagen soll max 1 Std. betragen	Weltklimagipfel Kopenhagen	Flensburg	Bereitstellung Unterkunft und Verpflegung für ca. 50 Beamte	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: WBK I Genehmigung durch /Datum: Bundesministerium der Verteidi- gung vom 04.12.2009 Kosten: keine Prüfung Zulässigkeit: Bundesministerium der Verteidi- gung
11	18.12.09	a) Polizeiinspektion Diepholz b) 18.12.2009 c) Unterstützung im Rahmen einer Bombendrohung d) Keine eigene Kapazität der örtlich zuständigen Polizeidienststelle	Unterstützung im Rahmen einer Bombendrohung	Stadt Sulingen	5 Soldaten, 4 Diensthunde III./ObjSRgtLw	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: III./ObjSRgtLw

Lfd. Nr.	Ustg Wann	a) Angefordert durch b) Beantragt am c) Wortlaut des Antrages d) Begründung des Antragstellers	Bezeichnung / Beschreibung des Anlasses	Ort	Beantragte Unterstützung / Vorge- sehene Kräfte	Weitere Ergänzungen
						Genehmigung durch /Datum: Kdr III./ObjSRgtLw vom 18.12.2009 Kosten: offen Prüfung Zulässigkeit: Bundesministerium der Verteidi- gung

elektronische Vorab-Fassung*

**Übersicht durchgeführter sanitätsdienstlicher Unterstützungsleistungen
im Zeitraum 01.10.2009 bis 31.12.2009 im Rahmen protokollarischer Anlässe**

Lfd. Nr.	Ustg Wann	a) Angefordert durch b) Beantragt am c) Wortlaut des Antrages d) Begründung des Antragstellers	Bezeichnung / Beschreibung des Anlasses	Ort	Beantragte Unterstützung / Vorgesehene Kräfte	Weitere Ergänzungen
1	27.10.09	a) Deutscher Bundestag b) 19.10.2009 c) Sanitätsdienstliche Unterstützung d) Unterstützung im Rahmen protokollarischer Anlässe	Gottesdienst vor der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages	Berlin	Beantragt: Sanitätsdienstliche Versorgung Bereitstellung: 1 Notarzt 1 Rettungsassistent zgl. Fahrer 1 KTW	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: Bundesministerium der Verteidigung Genehmigung durch /Datum: Bundesministerium der Verteidigung vom 23.10.2009 Kosten: Kostentragung durch Einzelplan 14, da Grenzen gemäß Verwaltungsvorschrift zu § 61 Bundeshaushaltsordnung nicht überschritten werden. Prüfung Zulässigkeit: Bundesmi- nisterium der Verteidigung
2	08.11.09	a) Deutscher Bundestag b) 28.10.2009 c) Sanitätsdienstliche Unterstützung d) Unterstützung im Rahmen protokollarischer Anlässe	Gedenkfeier anlässlich des 20. Jahrestages des Falls der Berliner Mauer	Berlin	Beantragt: Sanitätsdienstliche Versorgung Bereitstellung: 1 Notarzt 1 Rettungsassistent zgl. Fahrer 1 KTW	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: Bundesministerium der Verteidigung

Lfd. Nr.	Ustg Wann	a) Angefordert durch b) Beantragt am c) Wortlaut des Antrages d) Begründung des Antragstellers	Bezeichnung / Beschreibung des Anlasses	Ort	Beantragte Unterstützung / Vorgesehene Kräfte	Weitere Ergänzungen
						Genehmigung durch /Datum: Bundesministerium der Verteidigung vom 03.11.2009 Kosten: Kostentragung durch Einzelplan 14, da Grenzen gemäß Verwaltungsvorschrift zu § 61 Bundeshaushaltsordnung nicht überschritten werden. Prüfung Zulässigkeit: Bundesmi- nisterium der Verteidigung
3	09.11.09	a) Auswärtiges Amt b) 28.10.2009 c) Sanitätsdienstliche Unterstützung d) Unterstützung im Rahmen protokollarischer Anlässe	Veranstaltung der Bundesregierung anl. 20 Jahre Mauerfall	Berlin	Beantragt: Sanitätsdienstliche Versorgung Bereitstellung: 5 Notärzte 5 Rettungsassistenten zgl. Fahrer 5 PKW	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: Bundesministerium der Verteidigung Genehmigung durch /Datum: Bundesministerium der Verteidigung vom 02.11.2009 Kosten: Kostentragung durch Einzelplan 14, da Grenzen gemäß Verwaltungsvorschrift zu § 61 Bundeshaushaltsordnung nicht überschritten werden. Prüfung Zulässigkeit: Bundesmi- nisterium der Verteidigung

Lfd. Nr.	Ustg Wann	a) Angefordert durch b) Beantragt am c) Wortlaut des Antrages d) Begründung des Antragstellers	Bezeichnung / Beschreibung des Anlasses	Ort	Beantragte Unterstützung / Vorgesehene Kräfte	Weitere Ergänzungen
4	17. - 18.11.09	a) Bundeskanzleramt b) 06.11.2009 c) Sanitätsdienstliche Unterstützung d) Unterstützung im Rahmen protokollarischer Anlässe	Klausurtagung des Bundeskabinetts im Gästehaus der Bundesregierung	Schloss Meseberg	Beantragt: Sanitätsdienstliche Versorgung Bereitstellung: 1 Notarzt 1 Rettungsassistent zgl. Fahrer 1 PKW	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: Bundesministerium der Verteidigung Genehmigung durch /Datum: Bundesministerium der Verteidigung vom 13.11.2009 Kosten: Kostentragung durch Einzelplan 14, da Grenzen gemäß Verwaltungsvorschrift zu § 61 Bundeshaushaltsordnung nicht überschritten werden. Prüfung Zulässigkeit: Bundesmi- nisterium der Verteidigung
5	19.11.09	a) Bundespräsidialamt b) 13.11.2009 c) Sanitätsdienstliche Unterstützung d) Unterstützung im Rahmen protokollarischer Anlässe	Reise des Bundespräsidenten nach München	München	Beantragt: Sanitätsdienstliche Versorgung Bereitstellung: 1 Notarzt 1 Rettungsassistent 1 Fahrer 1 PKW	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: Bundesministerium der Verteidigung Genehmigung durch /Datum: Bundesministerium der Verteidigung vom 17.11.2009 Kosten: Kostentragung durch Einzelplan

Lfd. Nr.	Ustg Wann	a) Angefordert durch b) Beantragt am c) Wortlaut des Antrages d) Begründung des Antragstellers	Bezeichnung / Beschreibung des Anlasses	Ort	Beantragte Unterstützung / Vorgesehene Kräfte	Weitere Ergänzungen
						14, da Grenzen gemäß Verwaltungsvorschrift zu § 61 Bundshaushaltsordnung nicht überschritten werden. Prüfung Zulässigkeit: Bundesmi- nisterium der Verteidigung
6	02.12.09	a) Bundespräsidialamt b) 09.11.2009 c) Sanitätsdienstliche Unterstützung d) Unterstützung im Rahmen protokollarischer Anlässe	Verleihung „Deutscher Zukunftspreis“ mit anschl. Empfang	Berlin	Beantragt: Sanitätsdienstliche Versorgung Bereitstellung: 1 Notarzt 1 Rettungsassistent zgl. Fahrer 1 PKW	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: Bundesministerium der Verteidigung Genehmigung durch /Datum: Bundesministerium der Verteidigung vom 20.11.2009 Kosten: Kostentragung durch Einzelplan 14, da Grenzen gemäß Verwaltungsvorschrift zu § 61 Bundshaushaltsordnung nicht überschritten werden. Prüfung Zulässigkeit: Bundesmi- nisterium der Verteidigung
7	08.12.09	a) Bundespräsidialamt b) 19.11.2009 c) Sanitätsdienstliche Unterstützung d) Unterstützung im Rahmen protokollarischer Anlässe	Abendessen des Bundespräsidenten für Bundeskanzler a.D. Dr. Kohl im Schloss Bellevue	Berlin	Beantragt: Sanitätsdienstliche Versorgung Bereitstellung: 1 Notarzt 1 Rettungsassistent zgl. Fahrer 1 PKW	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: Bundesministerium der Verteidigung

Lfd. Nr.	Ustg Wann	a) Angefordert durch b) Beantragt am c) Wortlaut des Antrages d) Begründung des Antragstellers	Bezeichnung / Beschreibung des Anlasses	Ort	Beantragte Unterstützung / Vorgesehene Kräfte	Weitere Ergänzungen
						Genehmigung durch /Datum: Bundesministerium der Verteidigung vom 30.11.2009 Kosten: Kostentragung durch Einzelplan 14, da Grenzen gemäß Verwaltungsvorschrift zu § 61 Bundeshaushaltsordnung nicht überschritten werden. Prüfung Zulässigkeit: Bundesmi- nisterium der Verteidigung
8	11.12.09	a) Bundespräsidialamt b) 04.11.2009 c) Sanitätsdienstliche Unterstützung d) Unterstützung im Rahmen protokollarischer Anlässe	„Bremische Weihnacht mit dem Bundespräsidenten“	Bremen	Beantragt: Sanitätsdienstliche Versorgung Bereitstellung: 1 Notarzt 5 Rettungsassistenten zgl. Fahrer 1 PKW 2 KrKw	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: Bundesministerium der Verteidigung Genehmigung durch /Datum: Bundesministerium der Verteidigung vom 30.11.2009 Kosten: Kostentragung durch Einzelplan 14, da Grenzen gemäß Verwaltungsvorschrift zu § 61 Bundeshaushaltsordnung nicht überschritten werden. Prüfung Zulässigkeit: Bundesmi- nisterium der Verteidigung

Lfd. Nr.	Ustg Wann	a) Angefordert durch b) Beantragt am c) Wortlaut des Antrages d) Begründung des Antragstellers	Bezeichnung / Beschreibung des Anlasses	Ort	Beantragte Unterstützung / Vorgesehene Kräfte	Weitere Ergänzungen
9	18.12.09	a) Auswärtiges Amt b) 09.12.2009 c) Sanitätsdienstliche Unterstützung d) Unterstützung im Rahmen protokollarischer Anlässe	Verleihung des Deutsch-Polnischen Preises und des Sonderpreises 2009	Berlin	Beantragt: Sanitätsdienstliche Versorgung Bereitstellung: 1 Notarzt 1 Rettungsassistent zgl. Fahrer 1 KTW	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: Bundesministerium der Verteidigung Genehmigung durch /Datum: Bundesministerium der Verteidigung vom 15.12.2009 Kosten: Kostentragung durch Einzelplan 14, da Grenzen gemäß Verwaltungsvorschrift zu § 61 Bundshaushaltsordnung nicht überschritten werden. Prüfung Zulässigkeit: Bundesmi- nisterium der Verteidigung

Übersicht durchgeführter Unterstützung Dritter im Zeitraum 01.10.2009 bis 31.12.2009

Lfd. Nr.	Ustg Wann	a) Angefordert durch b) Beantragt am c) Wortlaut des Antrages d) Begründung des Antragstellers	Bezeichnung / Beschreibung des Anlasses	Ort	Beantragte Unterstützung / Vorge- sehene Kräfte	Weitere Ergänzungen
1	01.10.09 31.10.09	a) Herrn Potschacher b) 20.10.2008 c) Unterstützung durch Tragtiereinsatz d) Keine eigenen Kapazitäten	Unterstützung der Versorgung Zwiesel- alm durch Einsatz von Tragtieren Bw	Zwieselalm	je Durchführungszeitraum Einsatz von 6 Tragtieren 7 Soldaten a 15 Einsätze	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: 10.PzDiv Genehmigung durch/Datum: 10. PzDiv vom 04.02.2009 Kosten: 1.869 € Prüfung Zulässigkeit: 10.PzDiv
2	25.10.09	a) Bürgerstiftung Burgrieden b) 22.09.2009 c) Einsatz der Gulaschkanone für 400 Personen d) 1. Burgrieder Gesundheitstag	Zubereitung Gulasch- suppe in Feldküche anl. des 1. Burgriede- ner Gesundheitstages durch HF1gRgt 25 Laupheim	88483 Burgrieden	Beantragt: 1 Feldküche Bereitstellung: 1 Feldküche	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: BwDLZ Ulm-LB Genehmigung durch/Datum: BwDLZ Ulm-LB vom 06.10.2009 Kosten: 725,21€ Prüfung Zulässigkeit: BwDLZ Ulm-LB
3	26.11.- 28.11.	a) Stadt Flensburg b) 09.10.2009 c) Förderung der Ausbildung der Truppe	Gestellung von Gerät u. Personal für das Kochen, den Trans-	Flensburg	Beantragt: Keine konkreten Leistungen (Perso- nal oder Gerät) beantragt.	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt

Lfd. Nr.	Ustg Wann	a) Angefordert durch b) Beantragt am c) Wortlaut des Antrages d) Begründung des Antragstellers	Bezeichnung / Beschreibung des Anlasses	Ort	Beantragte Unterstützung / Vorge- sehene Kräfte	Weitere Ergänzungen
	03.12.- 05.12. 10.12.- 12.12. 17.12.- 19.12.	durch Übernahme von Arbeiten auf Wirtschaftlichem Gebiet d) Sympathiewerbung der Bundeswehr durch Aufzeigen der Leistungsfähigkeit von Feldküchen und Feldküchenpersonal	port u. den Verkauf von Erbsensuppe u. Heißgetränken		Bereitstellung: 1 Feldküche, 2 PKW 8 Sitze, 172 Arbeitsstunden für 4 Soldaten in 12 Tagen	Bearbeitung durch: WBK I Genehmigung durch /Datum: LKdo SH vom 29.10.2009 Kosten: 2.502,24 € Prüfung Zulässigkeit: WBK I
4	13.12.09	a) Verbandsgemeinde Dudenhofen b) 27.11.2009 c) Unterstützung des Anlasses, Erlös des Verkaufs für Projekt „Hilfe für Nepal“ d) Siehe c)	Weihnachtswaldbasar	Dudenhofen	Essensausgabe / Bereitstellung von 1 LKW 5 to mit TFK 250 2 Soldaten für 2 Stunden durch 1./ SpezPiBtl 464, Speyer	Eigensicherung: entfällt Bewaffnung: entfällt Bearbeitung durch: SpezPiBtl 464 Genehmigung durch /Datum: SpezPiBtl 464 – Kdr – vom 04.12.2009 Kosten: 493,98 € Prüfung Zulässigkeit: SpezPiBtl 464 – Kdr –

Übersicht über Amtshilfeersuchen/ Anträge auf Unterstützung Dritter, die durch den Antragsteller zurückgezogen worden sind, im Zeitraum 01.10.2009 bis 31.12.2009

Lfd. Nr.	Ustg Wann	a) Angefordert durch b) Beantragt am c) Wortlaut des Antrages d) Begründung des Antragstellers	Bezeichnung / Beschreibung des Anlasses	Ort	Beantragte Unterstützung / Vorge- sehene Kräfte	a) Datum der Rücknahme b) Angaben zu Gründen der Rücknahme
1	09.10.09	a) Landesregierung Sachsen b) 02.10.2009 c) Überwachung einer „Zone der besonderen Beobachtung“ im Luftraum während der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der friedlichen Revolution in Leipzig d) Keine eigene Mittel der zuständigen Polizeidienststelle	Luftraumüberwachung	Leipzig	EinsFüBer 3	a) 06.10.2009 b) Antrag wurde durch Landesregierung Sachsen zurückgezogen. BMVBS hat den Antrag auf Einrichtung eines Flugbeschränkungsgebietes im Radius von 3NM/ GND -FL 100 über Leipzig aufgrund einer fehlenden Bedrohungseinschätzung abgelehnt.

elektronische Vorab-Fassung*

elektronische Vorab-Fassung*

elektronische Vorab-Fassung*